

EU-Wahlbeobachtungsmission in Pakistan

von Jo Leinen, MdEP¹, März 2008

Für die Wahlen in Pakistan hatten sich schon im Dezember 2007 eine Reihe von internationalen Wahlbeobachtern, vor allem aus der EU und den USA, angemeldet. Der unerwartete Tod von Benazir Bhutto und die folgende Welle der Gewalt führten dazu, dass sich insbesondere die amerikanischen Beobachter zurückzogen. Damit hatte die EU mit ca. 130 Teilnehmern die größte internationale Wahlbeobachtungsmission (EOM = Election Observation Mission) vor Ort.

EOMs sind in den letzten Jahren zu einem wichtigen außenpolitischen Werkzeug der EU geworden, die dafür eine kohärente Methodik entwickelt und sich ein weltweit anerkanntes Profil in diesem Bereich geschaffen hat. Wahlen werden dabei in drei Phasen eingeteilt - vor, während und nach der Wahl.

Während sich die Lage vor der Wahl als schwierig und nicht den internationalen Standards entsprechend erwies, verliefen der Wahltag und die Wahl selbst vergleichsweise gut. Wie das neu gewählte Parlament jetzt mit dem Ergebnis und seiner Verantwortung für Land und Demokratie umgehen wird, bleibt noch abzuwarten.

Dennoch geben das Wahlergebnis und das Ausbleiben von größeren Ausschreitungen im Anschluss an die Wahl sowie das demokratische Verhalten von ab- und neugewählten Parlamentariern Anlass zur Hoffnung.

Die Ausgangssituation für die Parlamentswahlen in Pakistan vom 18. Februar 2008 war sehr schwierig. Sie war geprägt von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Anhänger der jeweils gegnerischen Partei, die eine Reihe von Todesopfern forderten. Es gab Probleme bei der Registrierung der Wählerinnen und Wähler. Da nicht alle Bürgerinnen und Bürger über einen (für die Registrierung notwendigen) elektronischen Ausweis verfügten, wurden z.T. Wählerlisten aus dem Jahr 2002 herangezogen, um Listen zu vervollständigen. Im Ergebnis gab es doppelte und falsche Registrierungen von Wählern, die sich auch am Wahltag selbst bemerkbar machten.

Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit insbesondere der staatlichen Medien entsprach nicht den internationalen Standards. Sie bevorzugten deutlich die Partei Musharrafs, die PML-Q. Dieser Nachteil konnte aber von den vielfältigen privaten Medien in der umfangreichen und vergleichsweise neutralen bis regierungskritischen Medienlandschaft Pakistans ausgeglichen werden.

Kritisiert werden muss auch, dass nur kandidieren konnte, wer über einen akademischen Bildungsabschluss verfügte. Damit waren faktisch 97% der Bevölkerung von der Kandidatur ausgeschlossen.

Positiv ist jedoch, dass trotz einer enorm hohen Analphabetenquote ein

¹ Jo Leinen ist seit 1999 Mitglied im Europäischen Parlament und dort u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und Mitglied der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Südasien

System entwickelt wurde, in dem alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben konnten.

Bei den Teilnehmern der EOM ist auch die Offenheit und Unterstützung der offiziellen pakistanischen Stellen für die Mission positiv aufgenommen worden.

Der Wahltag selbst lief, bis auf einige Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Wählerregistrierung, zufriedenstellend ab. Vor dem Hintergrund der angespannten Sicherheitslage muss den vielen Menschen, die trotz der Unsicherheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, denjenigen, die als Wahlhelfer oder als Kandidaten den demokratischen Prozess unterstützten, großer Respekt entgegen gebracht werden. Als Wahlbeobachter konnte ich in den von mir besuchten Wahllokalen in der Region Islamabad / Rawalpindi sehen, dass die Menschen mit großem Enthusiasmus dabei waren und der Abstimmungsprozess gut verlief. Auch bei der Stimmauszählung konnte ich in den besuchten Wahllokalen keine Manipulation feststellen. Auf Wahlkreisebene zeigten sich aber bereits Mängel bei der Transparenz des Auszählungsprozesses: Nicht alle Wahlkreise lieferten detailliert aufgeschlüsselte Ergebnisse an die nationale Ebene und Beobachter hatten oftmals keinen Zutritt bei der Auszählung.

Probleme gab es auch in den Wahllokalen für Frauen, wo häufig die Infrastruktur nicht ausreichend war oder in Dörfern wo die lokalen Bürgermeister, sog. *Nazims*, sich einseitig für die Regierungspartei aussprachen.

Im Rückblick verlief die Wahl in den Lokalen vor Ort jedoch in guten Bahnen und deutlich friedlicher als zu befürchten stand. Mit 44,6% beteiligten sich auch mehr Menschen an dieser Wahl als 2002 (41,7%).

Islamistische Parteien mussten v.a. bei den regionalen Wahlen gravierende Verluste hinnehmen - in der Northwest Frontier Province (NWFP) kamen sie

z.B. nur noch auf sechs statt bisher 46 Sitze. Die säkularen Parteien hingegen verzeichneten Zuwächse.

Die Wahl hat, trotz einiger Unregelmäßigkeiten, das Vertrauen der Menschen in die Demokratie gestärkt. Die Präsenz internationaler Wahlbeobachter hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Wahlverlauf und Wahlergebnis national und international anerkannt werden.

Die Wählerinnen und Wähler haben ihrer Stimme für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Ausdruck verliehen. Die politischen Parteien dürfen das neu gewonnene Vertrauen der Menschen jetzt nicht enttäuschen.

Die Erkenntnisse, die im Rahmen der EU-Wahlbeobachtungsmission gesammelt wurden, sollten jetzt in greifbare Politik umgesetzt werden. Wir haben gesehen, wo die Probleme liegen, sowohl bei den konkreten Fragen von Wahlen, als auch in Bezug auf andere gesellschaftspolitische Herausforderungen.

Die Empfehlungen der EU-Wahlbeobachtungskommission, wie stärkere Transparenz des Auszählungsprozesses, bessere Ausbildung der Mitarbeiter in den Wahllokalen, größere Unabhängigkeit der Wahlkommission, sollten jetzt sowohl in Pakistan angenommen werden, müssen aber auch in die Zusammenarbeit der EU mit Pakistan einfließen.

Bei der Vorbereitung der nächsten Wahlen sollte die EU Hilfe anbieten und beispielsweise die Mitglieder der Wahlkommission schulen und besser auf ihre Aufgabe vorbereiten sowie den Registrierungsprozess der Wähler unterstützen.

Bis dahin muss aber die demokratische Entwicklung Pakistans weiter vorangebracht werden. Das Land hat eine lange Geschichte von Militärherrschaft und Diktatur hinter sich. Jetzt gilt es, das Bewusstsein für Demokratie zu stärken

und bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu helfen. Die EU hat hier wertvolles Know-how zu bieten und sollte die Kontakte zu Pakistan auf dieser Ebene ausbauen.

Ein Kritikpunkt der Wahl war die Voraussetzung für Kandidaten, über einen höheren Bildungsabschluss zu verfügen (wobei auch der Abschluss einer Madrassa-Schule gilt). Das hat den Bewerberkreis erheblich eingeschränkt, in einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung (47% der Männer, 71% der Frauen) Analphabeten sind. Investitionen ins Bildungssystem und die Bekämpfung dieser hohen Quote sollten Vorrang haben unter der neuen Regierung.

Pakistan ist eine Atommacht. Ein verantwortungsvoller Umgang seitens der Regierung damit, ist auch im Interesse der EU. Zudem ist Pakistan eines der bevölkerungsreichsten Länder und weist in den letzten Jahren ein stetig steigendes Wirtschaftswachstum auf. Vor dem Hintergrund der weltweiten Diskussionen um Energieressourcen sowie die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien ist eine enge Kooperation von strategischer Bedeutung, um die Klimaschutzziele von Kyoto zu erreichen. Eine enge Zusammenarbeit in Energiefragen zwischen der EU und Pakistan ist somit eine wichtige politische Aufgabe.